

Analyse der bildungspolitischen Profile der nationalen Parteien

Beitrag an den Schweizer Bildungstag 2019

im Auftrag von

Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH

Syndicat des enseignants romands SER

Christian Rüefli

Michèle Gerber

Bern, 28. August 2019

1 Auftrag

Vor dem Hintergrund der eidgenössischen Wahlen im Oktober 2019 beauftragten der LCH (Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz) und das SER (Syndicat des enseignants romands) das Büro Vatter, Politikforschung & -beratung, mit einer Analyse der bildungspolitischen Profile der grössten Schweizer Parteien. Diese Analyse dient als Grundlage für eine Präsentation und die daran anknüpfenden Podiumsdiskussionen am Schweizer Bildungstag 2019. Es galt zu untersuchen, welche bildungspolitischen Profile in ausgewählten Themen die Parteien vertreten und welche Parteien sich während der laufenden Legislatur in den Parlamenten auf Bundes- oder Kantonebene in diesen Themen mit Vorstössen engagiert haben.

Im Fokus standen die sieben Parteien mit Fraktionsstärke in der Eidgenössischen Bundesversammlung (Tabelle 1).

Tabelle 1: Betrachtete Parteien

Partei	Sitze in der Bundesversammlung (Anteil; 2018)
SVP Schweizerische Volkspartei	70 (29%)
SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz	56 (22%)
FDP FDP.Die Liberalen	46 (19%)
CVP Christlichdemokratische Volkspartei	40 (16%)
Grüne Grüne Partei der Schweiz	12 (4.8%)
BDP Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz	8 (3.3%)
GLP Grünliberale Partei Schweiz	7 (2.8%)

Quelle: Der Bund kurz erklärt 2019, S. 22/23.

2 Analyse der Parteipositionen

2.1 Vorgehen

Die Parteiprogramme und spezifischen bildungspolitischen Positionspapiere der sieben Parteien befassen sich mit teilweise ganz unterschiedlichen Themen; die inhaltlichen Schnittmengen sind eher klein. Einzelne Parteien äussern sich ausführlich, differenziert und konkret; andere sind eher knapp, grundsätzlich oder unspezifisch. Um einen systematischen Vergleich der bildungspolitischen Positionen zu ermöglichen war es deshalb erforderlich, einzelne Themenbereiche zu definieren, auf die sich der Vergleich beziehen sollte. Diese sollten möglichst alle Stufen und Ebenen der Bildungspolitik abbilden, verbandspolitisch relevant und von einer gewissen Aktualität sein. Im Austausch mit dem Koordinationsbüro LCH/SER entstand folgende Liste von Themenbereichen:

- Familien- bzw. schulergänzende Betreuung
- Fremdsprachenerwerb

- Ausbildung der Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2)
- Übergang I (obligatorische Schule – Sekundarstufe II)
- Chancengerechtigkeit
- Hochschulen
- Gesundheitsschutz in der Schule

Sofern sich die Parteien in ihren Programmen überhaupt zu diesen Themen äussern, lassen sich ihre Positionsbezüge, Ziele und Forderungen kaum vergleichbar gegenüberstellen, da sie sich oft auf unterschiedliche Fragestellungen und Teilaspekte dieser Themen beziehen. Aus diesem Grund wurden, wiederum gemeinsam mit dem Koordinationsbüro LCH/SER, zu jedem Themenbereich verschiedene Leitfragen formuliert, zu denen die Parteien zustimmend oder ablehnend Position beziehen sollten.

Die nationalen Parteisekretariate erhielten diesen Fragekatalog auf Deutsch und Französisch zugestellt und wurden gebeten, ihre Partei auf den vordefinierten Dimensionen (ja / eher ja / eher nein / nein) zu den interessierenden Leitfragen zu positionieren. Sie konnten zudem zu jeder Leitfrage einen Kommentar anbringen. Das Begleitschreiben erläuterte den Hintergrund, Ziel und Zweck der Befragung und machte zugleich auf den Bildungstag 2019 aufmerksam.

Nach Eintreffen aller Rückmeldungen erhielten die Parteisekretariate eine provisorische Zusammenstellung aller Ergebnisse zur Validierung zugestellt. Sie hatten so die Gelegenheit, ihre Position zu korrigieren oder Kommentare zu ergänzen.

2.2 Ergebnisse

Im Folgenden werden die validierten Positionsbezüge und Kommentare der Parteien entlang der 18 Leitfragen wiedergegeben (Kommentare in der Originalsprache):

Familien- bzw. schulergänzende Betreuung

- 1) Sollen familienergänzende Betreuungsstrukturen (Kitas, Krippen etc.) für 0-4-Jährige flächendeckend angeboten werden?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	ja	ja	eher ja	eher nein	nein

BDP: Gute Betreuungsstrukturen tragen zur Chancengerechtigkeit bei und erleichtern den Schuleintritt.

GLP: Tâche des cantons et communes, en fonction des besoins.

SVP: Nein, nicht flächendeckend, ist Sache der Gemeinden und Privaten vor Ort zu entscheiden und auch zu finanzieren.

- 2) Sollen schulergänzende Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen) flächendeckend angeboten werden?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	ja	ja	eher ja	eher ja	nein

BDP: Die BDP hat die Schaffung von schulergänzenden Betreuungsstrukturen immer unterstützt und zum Beispiel schon vor Jahren die Einführung von Tagesschulen gefordert.

GLP: Tâche des cantons et communes, en fonction des besoins.

SVP: Nein, ist bedürfnisgerecht vor Ort in den Gemeinden zu entscheiden - Schulautonomie und auch Kosten sind entsprechend vor Ort zu tragen

- 3) Braucht es in schulergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen) pädagogisch ausgebildetes Personal?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	eher nein	eher nein	nein	eher nein	eher nein

BDP: In der Regel sollen Fachangestellte Betreuung eingesetzt werden. Punktuell kann es Modelle geben, in denen der Einsatz von pädagogisch ausgebildetem Personal sinnvoll sein kann. Wichtig ist, dass es nicht eine Voraussetzung ist und deshalb die Flexibilität bei den Modellen grösstmöglich ist.

- 4) Sollen sich die Erziehungsberechtigten finanziell an den Betreuungskosten beteiligen müssen
a) bei familienergänzenden Betreuungsstrukturen (Kitas, Krippen etc.)?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
eher ja	eher ja	eher ja	eher ja	ja	ja	ja

BDP: Die heutigen Kosten aber sind für den Mittelstand und die Gutverdienenden zu hoch. Das muss sich dringend ändern. Nebst den Vorteilen die es für das Kind hat, ist auch Grundbedingung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

CVP: Die Kosten dürfen aber nicht zu hoch sein.

SP: L'effort des personnes investies de l'autorité parentale doit être proportionnel à la capacité économique. Pour les bas revenus, il faut mettre à disposition ces offres gratuitement.

- b) bei schulergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen)?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
eher ja	eher nein	ja	eher ja	ja	eher nein	ja

BDP: Eine geringe finanzielle Beteiligung ist durchaus zu verantworten. Es muss aber darauf geachtet werden, dass der Mittelstand nicht zu hoch belastet wird. Die Kosten sollten sich auf die Verpflegung beschränken. Grundsätzlich soll die Kostenlosigkeit der Schule erhalten bleiben.

Grüne: Bei Tagesstrukturen: nein, ausser für Mittagsverpflegung.

SP: L'effort des personnes investies de l'autorité parentale devrait être proportionnel à la capacité économique.

Fremdsprachenerwerb

- 5) Sollen alle Jugendlichen im Verlauf ihrer Ausbildung (inklusive Sekundarstufe II) zumindest einmal an einem länger dauernden (Sprach-)Austausch- und Mobilitätsprojekt teilnehmen?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	eher ja	ja	ja	ja	eher nein

BDP: Dieser Austausch muss aber in ein Gesamtkonzept gebracht werden (Lektionenzahl, Mobilitätskonzept). Das heisst: ein längerer Sprachaustausch kann auch einen Einfluss auf die erteilten Lektionen haben, z.B. angerechnet werden etc.

GLP: C'est souhaitable, mais il ne faut pas le rendre obligatoire.

- 6) Soll der Bund Programme und Projekte zur Förderung des Sprachaustauschs innerhalb der Schweiz mitfinanzieren?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	eher ja	ja	eher ja	eher nein	eher nein

Ausbildung der Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2)

- 7) Sollen auch die Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2) über einen Masterabschluss verfügen?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
eher ja	eher ja	nein	nein	nein	eher nein	nein

BDP: Wir haben gut ausgebildete Lehrpersonen.

Grüne: Sie sollen damit für eine Fächergruppe ausgebildet/qualifiziert sein.

SP: Dans la perspective d'une revalorisation de la progression, nous sommes plutôt en faveur de cette proposition.

- 8) Sollen die Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2) in möglichst allen Unterrichtsfächern ausgebildet werden (generalistische Ausbildung)?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	nein	eher nein	nein	ja	eher ja	ja

BDP: Auch wenn es manchmal nicht ganz einfach ist bei der Rekrutierung, so hat das heutige Ausbildungssystem eben doch Vorteile.

Grüne: Über die generalistische Ausbildung verfügen die Primarlehrpersonen durch die Matura. Die Lehrqualifikation sollte für eine Fächergruppe erlangt werden. Anzustreben ist: 3-4 Personen decken den Fächerkanon (inkl. musisch-kreative Fächer und Sport) für eine Doppelklasse ab.

Übergang I (obligatorische Schule – Sekundarstufe II)

- 9) Sollen 95% eines Jahrgangs bis zum 25. Lebensjahr einen Abschluss auf Sekundarstufe II haben?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	ja	ja	ja	ja	eher ja

- 10) Soll die Schulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs dauern?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	nein	nein	ja	nein	eher nein	nein

Grüne: elf Schuljahre

SP: L'Etat devrait garder une certaine responsabilité. Les situations où les jeunes de 15-16 ans sont encore sans orientation peuvent comporter un certain risque de décrochage.

- 11) Braucht es einen Ausbau von Brückenangeboten für Jugendliche, die nach der Schule (Zyklus 3) keinen Ausbildungsplatz gefunden haben (z.B. Berufswahljahr, Beschäftigungsprogramme, Beratung, Case Management etc.)?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	ja	eher ja	eher nein	eher nein	eher nein

BDP: Es muss darauf geachtet werden, dass Brückenangebote in allen Kantonen angeboten werden (insb. Case Management).

Grüne: Pro Kanton prüfen, welche Ergänzungen nötig/sinnvoll sind. Massstab: Niemand wird abgehängt.

Chancengerechtigkeit

- 12) Sollen die kantonal grossen Unterschiede in den Maturitätsquoten (gymnasiale Matur, Berufsmatur und Fachmatur) verringert werden?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
eher ja	eher ja	nein	eher nein	nein	eher nein	nein

BDP: Gerade im dualen Bildungssystem spielt die Quote in unseren Augen keine zentrale Rolle.

CVP: Für uns ist die Frage nicht ganz klar. Wir wollen die kantonalen Unterschiede bezüglich des Maturitätsniveaus verringern. Die CVP macht sich stark für ein qualitativ hochstehendes Gymnasium ohne systematische Erhöhung der Maturitätsquote.

Grüne: Der Weg führt nicht über Zulassungsquoten oder „Aussieben“, sondern ab Vorschulstufe über spezifische Förderung.

SP: Harmonisation dans quel sens? Si cela va dans le sens d'une augmentation globale du nombre de titulaires d'une maturité (en particulier en ce qui concerne la maturité professionnelle), alors nous sommes tout à fait pour. Il faut tout de même veiller à tenir compte des diverses sensibilités cantonales.

- 13) Es ist breit anerkannt, dass der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen stark vom sozioökonomischen Status ihrer Eltern abhängt. Soll die Politik diesem Umstand mit zusätzlichen Massnahmen entgegenwirken?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	ja	eher ja	eher ja	eher nein	nein

BDP: Es gilt, spezifische und individuelle Massnahmen zu definieren, welche den unterschiedlichen Herausforderungen in den Kantonen und einzelnen Gemeinden gerecht werden.

Grüne: Gefragt sind nicht nur Massnahmen im Bildungsbereich, sondern beispielsweise Arbeitsmarktpolitik, Vereinbarungsthematik, Armutsbekämpfung, Mindestlöhne, Wohnbauförderung, Tagesstrukturen (Tagesschulen), ...

SVP: Es gibt heute genügend Möglichkeiten

Hochschulen

- 14) Befürwortet Ihre Partei grundsätzlich die finanzielle Unterstützung staatlicher Hochschulen (Sponsoring von Lehrstühlen und Forschungsvorhaben, Fundraising) durch Private bzw. die Wirtschaft?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
nein	nein	ja	ja	eher ja	ja	ja

GLP: Sous condition d'indépendance scientifique.

Grüne: Projektbezogene Förderung anwendungsorientierter Forschung sowie Subjektfinanzierung (z.B. für Weiterbildungsteilnehmende) ist aus Sicht der GRÜNEN ausreichend.

- 15) Braucht es eine stärkere Regulierung der finanziellen Unterstützung staatlicher Hochschulen (Sponsoring von Lehrstühlen und Forschungsvorhaben, Fundraising) durch Private bzw. die Wirtschaft?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	eher ja	eher nein	nein	nein	nein

BDP: Hier handelt es sich weniger um eine Frage der Regulierung, sondern um eine Frage der Haltung. Volle Transparenz ist ein Muss.

CVP: Es braucht keine stärkeren Regulierungen. Wir erwarten aber von den Hochschulen, dass sie transparent über die finanziellen Unterstützungen durch Private und die Wirtschaft informieren.

SP: Il faut une transparence totale des moyens privés engagés. Il faut des mesures pour préserver l'indépendance et l'autonomie de la recherche.

Gesundheitsschutz in der Schule

16) Sollen für Schulen gewisse Normen zum Gesundheitsschutz (z.B. Raumgrösse, Luftqualität) staatlich vorgeschrieben werden, wie sie z.B. auch für Grossraumbüros gelten?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	ja	eher ja	eher nein	nein	nein	nein

BDP: Die kantonalen Vorgaben sollten genügen, bzw. die offiziellen staatlichen Qualitätsnormen von den Kantonen übernommen und angewandt werden.

GLP: Pour autant que ces normes n'existent pas déjà.

Grüne: Normen zu Raumgrösse existieren schon: in kantonalen Verordnungen zum Schulhausbau.

17) Sollen die kantonalen Arbeitsinspektorate die Einhaltung gesundheitsbezogener Normen in den Schulen überprüfen und gegebenenfalls Verbesserungen anordnen?

SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
ja	eher nein	eher ja	eher nein	nein	nein	nein

Grüne: Wenn das Arbeitsinspektorat, dann würde es um die Gesundheitsschutzaspekte für die Lehrpersonen und das Schulpersonal gehen.

2.3 Diskussion

Bei einem grossen Teil der Leitfragen zeigen sich deutliche Antwortmuster entlang der politischen Grundorientierungen der Parteien. Meistens finden sich klar erkennbare, aber je nach Thema unterschiedliche Blöcke von Zustimmung bzw. Ablehnung einer Frage.

Bei einzelnen Fragen zeigen sich Abweichungen von diesem Grundmuster:

- So lehnen z.B. Grüne und FDP als einzige Parteien eine finanzielle Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Kosten für schulergänzende Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen oder Tagesschulen) eher ab, während sie eine solche im Fall von Kindertagesstätten, Krippen u.ä. – wie die anderen Parteien – klar oder eher befürworten.
- Beim Thema „Ausbildung der Primarlehrpersonen“ gehen die Vorstellungen der Parteien stark auseinander. Einzig SP und Grüne sind eher dafür, dass diese über einen Masterabschluss verfügen sollen, die übrigen Parteien sind dagegen. Die Frage, ob die Primarlehrpersonen eine generalistische Ausbildung erhalten sollen, bejaht die SP hingegen klar, ebenso wie die CVP und die SVP (und etwas weniger deutlich die FDP), während die Grünen dies klar ablehnen, ebenso wie die BDP und tendenziell die GLP.
- Dass die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr dauern soll, wie das der Kanton Genf eingeführt hat, befürworten die SP und die BDP. Alle anderen Parteien lehnen dies klar (Grüne, GLP, CVP, SVP) bzw. eher (FDP) ab.

3 Analyse des Parteienengagements

Wie stark und in welchen Themen engagierten sich die sieben Parteien in der laufenden Legislaturperiode des Bundes (2016-2019) auf Bundes- und Kantonebene mit parlamentarischen Vorstössen in den sieben untersuchten Themenbereichen? Um das herauszufinden, erfolgte eine Analyse der bildungspolitischen parlamentarischen Vorstösse auf nationaler und kantonaler Ebene. Grundlage dafür bildeten die Geschäftsdatenbanken curia vista (Bundesversammlung) und forum@ides (www.edudoc.ch). Berücksichtigt wurden nur Interpellationen, Motionen, Postulate und parlamentarische Initiativen.

Aus den insgesamt 1608 identifizierten bildungspolitischen Vorstössen (1263 auf Kantons- und 345 auf Bundesebene) wurden diejenigen ermittelt, die von einer der sieben untersuchten Parteien eingereicht wurden (N = 864) und sich thematisch auf die interessierenden Leitfragen beziehen. Dabei handelt es sich um 79 Vorstösse.

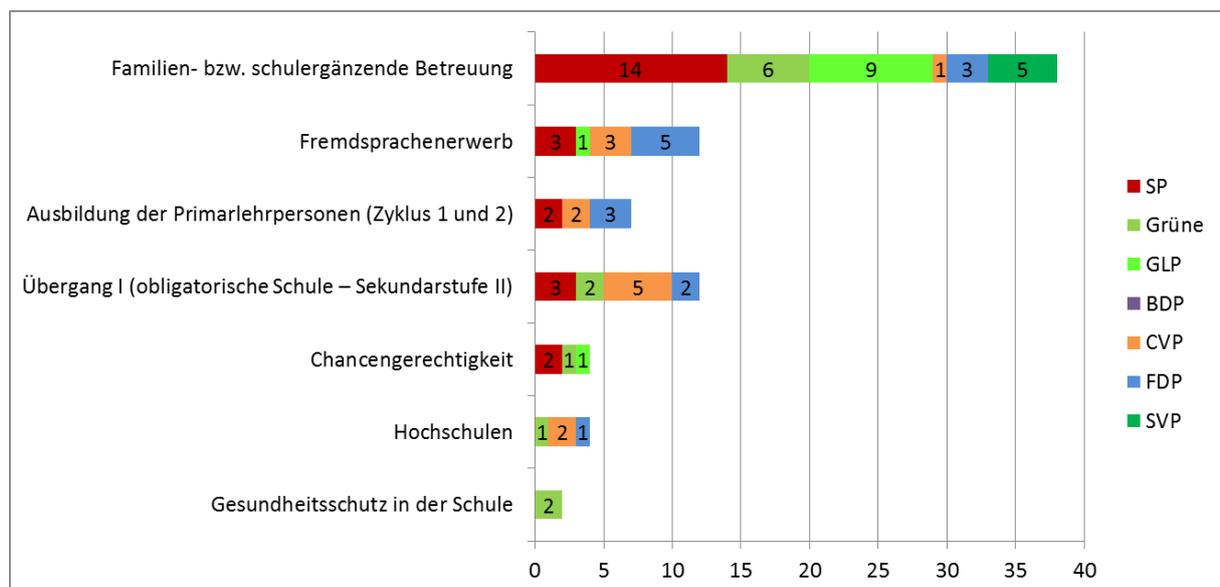
3.1 Vorstösse pro Thema

Knapp die Hälfte der betrachteten Vorstösse (38) entfielen auf den Themenbereich der familien- bzw. schulergänzenden Betreuung (vgl. Abbildung 1). Dieses Thema beschäftigte alle Parteien, vor allem aber die SP, die Grünliberalen, die Grünen und die SVP.

Der Fremdsprachenerwerb und der Übergang I zwischen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II (inklusive Berufsbildung) beschäftigten die Parteien am zweithäufigsten (je 12 Vorstösse pro Thema). In diesen Themen engagierten sich v.a. FDP, CVP, SP und Grüne.

Auf die Ausbildung der Primarlehrpersonen entfallen 7 Vorstösse, diese stammen von der FDP, der CVP und der SP. Zu den weiteren betrachteten Themen (Chancengerechtigkeit, Hochschul-sponsoring und Gesundheitsschutz) finden sich nur wenige Vorstösse.

Abbildung 1: Vorstösse pro Thema



3.2 Vorstösse pro Partei

Die meisten Vorstösse zu den interessierenden Themen stammen von der SP (24; Tabelle 2). Mit etwas Abstand folgen die FDP (14), die CVP (13), die Grünen (12) und die GLP (11). Diese Parteien waren in den betrachteten Themen insgesamt ähnlich häufig aktiv. Die SVP reichte zwar im betrachteten Zeitraum insgesamt die zweitgrösste Anzahl bildungspolitischer Vorstösse ein, jedoch nur 5 zu den ausgewählten Themen. Die BDP reichte insgesamt nur wenige bildungspolitische Vorstösse ein; zu den betrachteten Themen gar keine.

Tabelle 2: Bildungspolitische Vorstösse pro Partei

	Anzahl bildungspolitische Vorstösse total	Anzahl Vorstösse zu ausgewählten Themen	Anteil Vorstösse zu ausgewählten Themen	Vorstösse auf Bundesebene	Vorstösse auf Kantonsebene (Anzahl Kantone)
SP	282	24	8.5%	4	20 (10)
FDP	100	14	14.0%	1	13 (6)
CVP	137	13	9.5%	6	7 (4)
Grüne	88	12	13.6%	1	11 (7)
GLP	60	11	18.3%	0	11 (6)
SVP	176	5	2.8%	0	5 (2)
BDP	21	0	0%	0	0
Total	864	79	9.1%	12	67 (15)

Auf Bundesebene reichten die CVP mit 6 und die SP mit 4 am meisten Vorstösse zu den ausgewählten Themen ein. Von der FDP und den Grünen findet sich je ein Vorstoss im Bundesparlament. Die SP reichte in 10 verschiedenen Kantonen Vorstösse zu den betrachteten Themen ein, die Grünen in 7, FDP und GLP in je 6 verschiedenen Kantonen. CVP- Vorstösse finden sich in 4 Kantonen, diejenigen der SVP stammen aus 2 Kantonen.

Auf kantonaler Ebene finden sich die meisten Vorstösse in den Kantonen Basel-Landschaft (14), Aargau (11) sowie Bern (9).

3.3 Anliegen der Parteien

Wofür setzten sich – hinsichtlich der hier betrachteten Schwerpunktthemen – die Parteien in ihren Vorstössen vor allem ein? Abbildung 2 zeigt, auf welche Themen sich die Vorstösse der einzelnen Parteien bezogen.

Die meisten Vorstösse der SP (14) beziehen sich auf die familien- bzw. schulergänzende Betreuung. Hier setzte sich die SP für einen Ausbau des Angebots und für familiengerechte Tarife ein. Das Engagement betrifft sowohl die Bundesebene (2 Vorstösse) als auch die kantonale Ebene (12). Die übrigen SP-Vorstösse befassten sich mit dem Fremdspracherwerb, dem Übergang I, der Ausbildung der Primarlehrpersonen und mit der Chancengerechtigkeit.

Auch die Grünen engagierten sich stark im Thema der familien- bzw. schulergänzenden Betreuung (6 von 12 Vorstössen; alle auf kantonaler Ebene). Sie setzten sich hauptsächlich für ein bedarfsorientiertes Angebot an Tagesstrukturen ein. Die Grünen sind die einzige Partei, die Vorstösse zum Thema Gesundheitsschutz an Schulen eingereicht hat. Daneben finden sich Vorstösse zum Übergang I, zur Chancengerechtigkeit und zur Unabhängigkeit der Forschung an Hochschulen.

Die familien- bzw. schulergänzende Betreuung ist auch das Hauptthema der hier betrachteten GLP-Vorstösse (9 von 11 Vorstössen, alle auf kantonaler Ebene). Auch die GLP setzte sich für den Ausbau und eine familiengerechte Ausgestaltung von Betreuungsstrukturen ein.

Im Vergleich mit den anderen Parteien verteilen sich die Vorstösse der CVP und der FDP gleichmässiger auf die betrachteten Themen. Die CVP thematisierte den Übergang I am häufigsten. Die entsprechenden 5 Vorstösse befassten sich mit dem Umgang mit Lehrabbrechern und mit dem Ausbau von Brückenangeboten. In 3 Vorstössen setzte sich die CVP für die Förderung des Fremdspracherwerbs ein. 2 Vorstösse sprachen sich gegen Masterabschlüsse für Primarlehrkräfte aus, 2 thematisierten das Thema des Hochschulsponsorings. Bei der CVP fällt auf, dass gut die Hälfte ihrer betrachteten Vorstösse im Bundesparlament eingereicht wurden.

5 FDP-Vorstösse zielten auf die Förderung des Fremdspracherwerbs bzw. des Sprachaustausches ab. Je 3 Vorstösse befassten sich mit Fragen zur familien- bzw. schulergänzenden Betreuung und zur Ausbildung der Primarlehrpersonen. 2 weitere Vorstösse betrafen den Übergang I.

Die hier betrachteten 5 Vorstösse der SVP (alle auf kantonaler Ebene) bezogen sich ausschliesslich auf das Thema der familien- bzw. schulergänzenden Betreuung. Die SVP stellte vor allem kritische Fragen zu den Tarifen und zur Kostendeckung der Angebote.

Abbildung 2: Thematische Verteilung der Vorstösse pro Partei

